

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 866 848 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Horst Sielaff MdB zum Umgang mit dem Emanzipationsprozeß in der DDR: Partner, nicht Vormund sein.

Seite 1

Ulrich Maurer zum Ausgang der Kommunalwahlen in Baden-Württemberg: Der Aufwärtstrend der SPD hält an.

Seite 3

Horst Niggemeier MdB zur Rede von Egon Krenz, die auf der alten SED-Linie liegt: Warnung vor naiver Gutgläubigkeit.

Seite 4

Karl-Heinz Hiersemann MdL zu den Auswirkungen der Bonner Arbeitsmarktpolitik: Drastischer Rückgang von ABM in Bayern.

Seite 5

Dr. Jürgen Hinz MdL zum Erfordernis, die Hemmnisse gegen die Alternativprojekte zu überwinden: Die Windenergienutzung intensivieren.

Seite 6

44. Jahrgang / 204

23. Oktober 1989

Partner, nicht Vormund sein

Zum Umgang mit dem Emanzipationsprozeß in der DDR

Von Horst Sielaff MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen

Eine gemeinsame Gefahr besteht in beiden deutschen Staaten: Fehlende Sensibilität bei den Regierenden kann zur Fehleinschätzung der kritischen Gruppen in der DDR führen. Die Gefahr des Mißbrauchs dieser Gruppen für eigene politische Ziele ist groß.

Die demonstrierenden und protestierenden Menschen in der DDR wollen weitgehend in ihrem Staat bleiben. Sie wünschen sich aber „eine Suchbewegung nach der demokratischen Gestalt des Föderalismus“, sie wollen eine „ökologisch orientierte soziale Demokratie“. Sie fordern einen offenen Dialog in ihrem Staat, Transparenz von Entscheidungen, Mitsprache in Fragen des Umweltschutzes. Sie sind bereit zur Mitgestaltung ihrer Gesellschaft.

Der neue Generalsekretär und Staatsratsvorsitzende, Egon Krenz, hat eine große Chance - bei mancher Skepsis in der Bevölkerung -, die Situation in der DDR positiv zu bewältigen, wenn er dieses Wollen ernstnimmt und den kritischen Dialog einleitet. Ansätze dazu sind bereits vorhanden. Dabei sollte die DDR-Führung und ihre Medien wegkommen von dem ständigen Wohlstandsvergleich mit der Bundesrepublik Deutschland und der ständigen Verkündung von neuen Erfolgswahlen in den jeweiligen Produktionsbereichen. Vielmehr sollte man in der DDR den Mut haben, einen eigenen Weg zu gehen und einen pluralistischen Sozialismus auf demokratischer Basis realisieren.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verändertes Design
mit erneuerten Rubriken
in Recycling-Papier



Es sind viele Bürgerinnen und Bürger in der DDR, die mit anfassend würden, um ihren Staat in diesem Sinne zu stabilisieren - „Wiedervereinigung nein - Demokratie ja“ - so die Forderung zum Beispiel der Sozialdemokratischen Bewegung in der DDR.

Wir in der Bundesrepublik Deutschland sollten uns hüten zu meinen, die kritischen Stimmen in der DDR wollten unseren Staat kopieren oder gar die DDR unserem Gesellschaftssystem angleichen. Sie wollen etwas anderes: Das sozialistische Grundanliegen bewahren, soziale Gerechtigkeit vor dem Privatwohl des Starken, Abwehr kapitalistischer Machtkonzentration, aber Einführung wirklicher demokratischer Grundpfeiler.

Der Erfurter Pfarrer Richter betonte, daß sie nicht mit rechten, antikommunistischen Kräften in einen Topf geworfen werden wollen: „Wir stehen noch zur DDR und zum Sozialismus.“ Der „Demokratische Aufbruch“ verfolge soziale und ökologische Ziele und verstehe sich als Angebot an die SED und DDR-Gesellschaft, den Dialog über einen besseren Weg zum Sozialismus zu führen.

Und wer es bei uns mit der Selbstbestimmung ernst meint, sollte aufhören, Ideen zu vereinnahmen, umzuinterpretieren, um damit innenpolitische Vorteile zu erheischen. Die Menschen in der DDR wollen eigene Modelle entwickeln. Sicherlich wollen sie unsere Partnerschaft, sie wollen uns aber nicht als Vormund.

Sozialdemokraten setzen darauf, „daß freie, ungehinderte Diskussion, der Wettbewerb von Ideen und Lösungsansätzen am ehesten in der Lage ist, auf bedrängende neue Fragen angemessene Antworten zu finden“, so wurde es im gemeinsamen Papier zum „Streit der Ideologien und der gemeinsamen Sicherheit“ zwischen SPD und SED schon vor mehr als zwei Jahren niedergeschrieben. Und weiter heißt es dort: „Die offene Diskussion... muß innerhalb jedes Systems möglich sein. Wirklicher Wettbewerb setzt sogar voraus, daß diese Diskussion gefördert wird und praktische Ergebnisse hat.“

Vielleicht erinnern sich Egon Krenz und seine neuen führenden Personen an dieses Papier und beziehen es ein in ihre neuen Zielsetzungen.

(-/23.10.1989/vo-he/rs)

* * *

Der Aufwärtstrend der SPD hält an

Zum Ausgang der Kommunalwahlen in Baden-Württemberg

Von Ulrich Maurer
Vorsitzender der SPD Baden-Württemberg

Eine schwere Niederlage der CDU und ihres Landesvorsitzenden Lothar Späth charakterisiert den Ausgang der baden-württembergischen Kommunalwahlen. Das erschreckend hohe Abschneiden der Rechtsradikalen in den Großstädten zeigt, daß die Taktik des Wegschweigens nicht verhängt und die Rechtsradikalen nur durch eine harte und offensive Auseinandersetzung zurückgedrängt werden können.

Es ist ein schwerer Fehler aller anderen Parteien gewesen, daß sie nicht ebenso wie die SPD einen entschiedenen Wahlkampf gegen die Republikaner geführt haben.

Hauptthema des Kommunalwahlkampfes war mit deutlichem Abstand die bedrückende Wohnungsnot in Baden-Württemberg gewesen, die es insbesondere in den Ballungsgebieten für kinderreiche junge Familien, Alleinerziehende und sozial Schwächere seit Jahren nahezu unmöglich machte, Mietwohnungen zu erschwinglichen Preisen zu finden. Die CDU unter Ministerpräsident Späth hat nun eine harte Quittung dafür erhalten, daß sie über Jahre hinweg die reale Wohnungsnot gelehnet und sich zum Totengräber des sozialen Wohnungsbaus im Lande gemacht hat.

Für die SPD erwarte ich bei den Stimmauszählungen, die sich noch bis Donnerstag dieser Woche hinziehen werden, daß die Südwest-SPD im Landesschnitt um ein bis zwei Prozentpunkte hinzugewinnen wird. Die ersten Trends aus den Großstädten zeigten, daß die SPD hier trotz hoher Resultate der Reps ihren Stimmanteil stabil halten konnten, sieht man von der Mannheimer Sondersituation ab. Hier hatte in der Woche vor der Wahl der spektakuläre Verkauf ehemaliger Sozialwohnungen der Neuen Heimat an ein englisches Immobilienunternehmen große Verunsicherungen ausgelöst.

Als sehr bemerkenswert bewerte ich, daß es in vielen Städten und Gemeinden der SPD gelungen ist, wieder Stimmen von den Grünen zu gewinnen. So mußten die Grünen beispielsweise in den Großstädten Stuttgart, Heilbronn und Ulm Stimmeinbußen von gut fünf Prozent hinnehmen. Unter dem Strich zeigt dieses Kommunalwahlergebnis, daß der Aufwärtstrend der SPD in Baden-Württemberg anhält und die SPD ebenso wie bereits bei der Europawahl im Juni trotz erheblicher Stimmanteile der Rechtsradikalen zulegen kann. Unser Konzept der sozialen und ökologischen Erneuerung, bei gleichzeitiger harter Auseinandersetzung mit den Rechtsradikalen ist für die SPD in Baden-Württemberg erfolgreich.

(-/23.10.1989/va-he/rs)

Warnung vor naiver Gutgläubigkeit

Zur Rede von Egon Krenz, die auf der alten SED-Linie liegt

Von Horst Niggemeier MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen

„Kaltes Blut und Standhaftigkeit bewahren; systematisch die Fehler der Vergangenheit korrigieren; unaufhörlich darauf bedacht sein, die Mehrheit der Arbeitermassen sowohl in den Gewerkschaften als auch außerhalb der Gewerkschaften zu erobern.“

(Aus dem „Brief an die deutschen Kommunisten“ von Lenin im August 1921)

Noch in der Zeit des real existierenden Stalinismus hat der Honecker-Nachfolger Egon Krenz seine Ausbildung an der Parteihochschule der KPdSU in Moskau erhalten. Dort hat er seine Lektionen gelernt; seine Fernseh-Antrittsrede als neuer Generalsekretär ist dafür Beleg.

Schon 1921 hat Lenin seinen Jüngern ins Stammbuch geschrieben: „Wir dürfen unsere Fehler nicht verheimlichen, weil der Feind das ausnützen könnte.“ An diese Devise hat sich das kommunistische SED-Politbüro gehalten. Honecker wurde gegen Krenz ausgetauscht und der „Neue“ hat dann ganz auf der alten SED-Linie so unzweideutig die Richtung angegeben, daß sich die Frage aufwirft, woher jemand den Optimismus nehmen kann, die Chance zu wirklich demokratischem Pluralismus aus der Krenz-Rede herauszulesen. Krenz ließ doch keinen Zweifel, welchen Weg der gehen will: „Unsere Macht ist die Macht der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes unter Führung der Partei.“

Im Klartext heißt dies, daß alle gesellschaftlichen Gruppierungen in der DDR der SED zuarbeiten „dürfen“, ohne selbst irgendwelche Rechte und Ansprüche auf die führende Gestaltung der Gesellschaft geltend machen zu können; das heißt auch, daß die Bevölkerung weiterhin die „Freiheit“ hat, die Ziele der SED (Krenz: „Unsere marxistisch-leninistische Partei ist ein großer erfahrener Kampfbund.“) nach besten Kräften bei der Festigung ihres Machtmonopols zu unterstützen.

Krenz dürfte dabei Lenins Empfehlung bedacht haben, daß eine kommunistische Partei „fähig“ sein muß, „bei allen und jeglichen Wendungen der Ereignisse die Massen wirklich zu führen“. Diesen Versuch hat der neue SED-Generalsekretär mit seiner Rede und den ersten Veränderungen im Verhalten der Partei gestartet; Gespräche mit den Repäsentanten der Kirchen, Besuch in den Fabriken bei den Arbeitern schon 24 Stunden nach seiner Ernennung zum Chef. Krenz hat zweifellos die richtigen Ventile geöffnet, um den Überdruck aus dem Dampfkessel DDR herauszulassen, wobei für ihn die an längerer Leine geführten Medien ein wichtiger Helfer sind. Dabei hat Krenz keinen Zweifel gelassen, wie und was er unter Diskussion versteht: „Unsere Gesellschaft verfügt über genügend demokratische Foren, in denen sich die unterschiedlichsten Interessen der verschiedenen Schichten der Bevölkerung für einen lebenswerten Sozialismus äußern können.“ Daß damit nicht die kritischen oppositionellen Gruppen in der DDR gemeint sind, liegt auf der Hand. Nur naive Blauäugigkeit kann das meinen. Insofern ist die zurückhaltende Formulierung dieser oppositionellen Gruppen in der DDR von der „Skepsis“ gegenüber dem Personalaustausch in der SED-Führung Ausdruck einer nach wie vor vorhandenen Ungewißheit über die weitere Entwicklung in der DDR.

Alles in allem: Von Krenz ist nicht die demokratische Umgestaltung der DDR zu erwarten; er wird jetzt vielmehr mit allen Mitteln die Leninsche Linie „des Lavierens, des Paktierens, der Kompromisse mit anderen, darunter auch mit bürgerlichen Parteien“ konsequent verfolgen, um die SED am eigenen Schopf aus dem Sumpf ihrer Probleme zu ziehen. Ob dieser Versuch gelingt, bleibt jedoch abzuwarten.

(23.10.1989/vo-he/rs)

Drastischer Rückgang von ABM in Bayern

Zu den Auswirkungen der Bonner Arbeitsmarktpolitik

Von Karl-Heinz Hiersemann MdL
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag fordert von der Staatsregierung einen Bericht über die Auswirkungen der 9. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz (AFG), die - trotz negativer Auswirkungen auf Bayern - im Bundesrat beschlossen worden ist.

Die Zahl der von der Bundesanstalt für Arbeit geförderten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) wird drastisch abgesenkt. In Bayern gab es im September 1989 nur noch 10.425 ABM-Maßnahmen. Dies waren 5.137 weniger als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Besonders Nordbayern war von den Abbaumaßnahmen betroffen. Wurden im September des vergangenen Jahres noch 9.294 ABM-Maßnahmen gefördert, so sind es im September 1989 nur mehr 6.136, ein Minus von 34 Prozent. Der massive Verlust von ABM-Maßnahmen verstärkt gesellschaftliche Spaltungstendenzen. So verschärfen Einbrüche bei ABM-Maßnahmen das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit, wird doch der Anteil der Langzeitarbeitslosen (ein Jahr und länger arbeitslos) auf etwa 50 Prozent der ABM-Maßnahmen geschätzt.

Die Staatsregierung ist auf ein zusätzliches Problem hinzuweisen: Einbrüche bei ABM-Maßnahmen verstärken die Arbeitsmarkt- und Finanzmisere in bayerischen Regionen mit starkem strukturellem Wandel. Die Konzentration von ABM-Maßnahmen in Zentren hoher Arbeitslosigkeit - zum Beispiel in der nördlichen Oberpfalz - war ein richtiger Ansatz. Wenn nun in Zukunft der Anteil der voll geförderten Maßnahmen drastisch absinkt, werden nur wenige Träger angesichts der eigenen Finanzmisere in der Lage sein, die auftretenden Fehlbeträge aus eigener Kraft auszugleichen. Das heißt: die Sozialhilfekosten werden ansteigen.

In Kommunen mit hoher Arbeitslosigkeit betrug bereits 1987 der Anteil der Sozialhilfeempfänger aus Gründen der Arbeitslosigkeit mehr als 50 Prozent. Damit schließt sich der Teufelskreis: die steigenden Sozialhilfekosten sind ursächlich für die Investitionsschwäche der Kommunen. Der Rückgang investiver Ausgaben der öffentlichen Hände verschärft seinerseits die Arbeitslosigkeit. Der Sozialstaat droht zum Sozialhilfestaat zu verkommen. Der Einbruch bei den ABM-Maßnahmen führt überdies dazu, daß auch Dienstleistungen - insbesondere im sozialen Bereich - zurückgenommen werden müssen.

Die von der Bundesregierung propagierte Qualifizierungsoffensive bricht in sich zusammen. Schon durch bisherige AFG-Novellen ist der Rechtsanspruch auf Förderung des Unterhaltsgeldes für die Mehrheit der Betroffenen in eine Darlehensfinanzierung umgestellt worden. Die Zahl der Eintritte in berufliche Weiterbildungsmaßnahmen ist jetzt schon rückläufig.

Die durch die 9. Novelle des AFG bewirkte weitere Verschlechterung des Förderungsrechts wird zukünftig einen großen Personenkreis von der Teilnahme an Qualifizierungsmaßnahmen abschrecken. Davon sind in erheblichem Umfang die Arbeitslosen betroffen. Der eigentliche Widersinn der 9. Novelle zum AFG besteht darin, daß sie zu einer quasi kostenneutralen Verlagerung von aktiver Arbeitsmarktpolitik in die passive Verwaltung von Arbeitslosigkeit führt. (-/23.10.1989/vo-ha/rs)

Die Windenergienutzung intensivieren

Zum Erfordernis, die Hemmnisse gegen die Alternativprojekte zu überwinden

Von Dr. Jürgen Hinz MdL

Energiepolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag von Schleswig-Holstein

Die SPD-Fraktion im Landtag von Schleswig-Holstein wertet die „Husumer Windenergietage“ als Schritt hin zu einem zügigen und großflächigen Ausbau der Windenergienutzung in diesem Bundesland. Allerdings zeigt sich, daß die Förderung des regenerativen Energieträgers Wind vor allem in den windreichen Küstenbereichen des Landes durch erhebliche Hemmnisse im administrativen Bereich behindert wird. Während das Land kräftige Impulse gibt, wird in Bonn gebremst.

Nach Auffassung der SPD kann die Landesregierung ihr Energieprogramm zur Nutzung erneuerbarer und einheimischer Energieträger absichern:

- Die im Bonner Finanzministerium aufgebaute Bürokratie zur Prüfung der schleswig-holsteinischen Anträge auf Strukturfondsmittel muß abgebaut werden. Das in Bonn offenbar herrschende politische Mißtrauen gegen die Verwendung dieser Mittel verhindert zügige Investitionen in den Aufbau eines leistungsfähigen Windkraftanlagenetzes. Nicht nur die privaten und öffentlichen Investoren, sondern vor allem die einheimischen Anlagenhersteller sind von gleichmäßigen Mittelzuflüssen abhängig.
- Bei den anstehenden Beratungen zur Änderung der Bundestarifordnung Elektrizität muß eine für die Betreiber von Windkraftanlagen wirtschaftlich interessante Mindestvergütung für ihren in das Netz eingespeisten Überschußstrom festgesetzt werden. Die bisherige, freiwillig von der Vereinigung der Elektrizitätswerke angebotene Vergütung von Strom aus Windkraftanlagen hat zwei entscheidende Nachteile: Sie war nur freiwillig und damit jederzeit aufhebbar, und sie war viel zu niedrig, um die schnelle und umfassende Windenergienutzung durch Private und Kommunen voranzutreiben. Aus einer höheren Mindestvergütung könnten beispielsweise auch Deponiegasnutzer oder private Betreiber von Blockheizkraftwerken wirtschaftlich aussichtsreiche Vorteile erwarten.
- Eine Klärung im Baurecht für Windkraftanlagen muß unbedingt erfolgen. Nur noch in der Bundesrepublik wird eine Windkraftanlage als Bauwerk angesehen und nicht wie in anderen europäischen Staaten als Maschine. Diese baurechtliche Auffassung in der Bundesrepublik bringt Verzögerungen mit sich.

Mehr Planungssicherheit und Förderung der Investitionsneigung in erneuerbare Energieträger erwartet die Kieler SPD-Landtagsfraktion von dem Landesenergiegesetz und einem Energienutzungskonzept für Schleswig-Holstein.

(-/23.10.1989/vo-he/rs)

* * *